

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke
Hauptredaktion: Köpcke & Köpcke
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200

Druck: Köpcke & Köpcke
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200

Druck: Köpcke & Köpcke
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200

Der Kampf um die Kontingentierungspolitik

Industrie gegen Agrarinteressen

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinett wird zu Beginn der kommenden Woche seine Arbeiten wieder aufnehmen. Zunächst werden die Maßnahmen beendigt werden, die in der letzten Kabinettsitzung unvollständig geblieben: Erweiterung der Befugnisse des Bankensammlers und Beschleunigung der Entschuldungsaktion im Ostpreußengebiet. Auch die im Zusammenhang mit der Hilfe für die Landwirtschaft stehenden Fragen werden eine eingehende Behandlung erfahren.

Die deutsche Kommission, die gegenwärtig in Paris über die Fragen der Kontingentierung verhandelt, trifft am Sonntag wieder in Berlin ein.

Die Mitglieder der Delegation werden dann einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen vorlegen. Es ist vorgesehen, daß sich die Kommission, der man wegen ihrer Verhandlungen über landwirtschaftliche Produkte den Spitznamen 'Tomatenkommission' gegeben hat, dann zu neuen Verhandlungen über die Kontingentierung nach Kopenhagen begibt. Man nimmt an, daß nach der jetzt vorgenommenen Regelung der Butterkontingentierung in Kopenhagen ein günstigerer Boden für die neuen Verhandlungen geschaffen wird. Ueber die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen verläutet, daß die Vertreter der französischen Regierung erklärt haben, sie könnten sich angesichts der Tatsache, daß die französische Regierung selbst eine Politik der Einfuhrkontingentierung durchführe, nicht grundsätzlich gegen ein gleiches deutsches Vorgehen wenden. Sie haben indessen verschiedene Einwendungen vorgebracht. Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie über diese Einwendungen ihrer Regierung Bericht erstatten werde.

Der Landwirtschaftsausschuß des DRSB.

hat an den Reichskanzler v. Papen ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt: 'Der Ausschuß hat mit großer Sorge von Ihren Ausführungen vor den bayerischen Industriellen zur Handelspolitik Kenntnis genommen. Sie sprachen dort nur von Notstandsmaßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft. Die Ausführungen lassen aber das Bekenntnis zu einer entschiedenen nationalen Wirtschaftspolitik erkennen. Während der Reichsernährungsminister in erfreulicher und dankenswerter Weise die dringende Verzögerung gemacht hat, die in der Landwirtschaft neue Hoffnungen erweckt haben, hat

der Reichswirtschaftsminister bei allen Verhandlungen durch seine Ausführungen und Maßnahmen Anlaß zu größter Sorge und Mißtrauen gegeben,

welch er nur die Interessen eines Wirtschaftszweiges, aber nicht die der Gesamtwirtschaft zu vertreten scheint.' Danach werden nochmals die Forderungen der Landwirtschaft unterbreitet, wie sofortige Einführung von autonomen Gesamtkontingenten, generelle Senkung der Zinslast, Senkung der Zuckersteuer, Wiederherstellung der Freigrenze von 5000 Mark bei der Umsatzsteuer, Ver-

einheitlichung der Umsatzsteuer, Verwendungszwang von einheimischen Ölen und Fetten für die Margarinefabrikation, Erlass der alten Saatgut- und Winterkredit usw. Zum Schluß heißt es:

'Wir wären dankbar, wenn Sie sich bald zu den in diesem Schreiben dargelegten Forderungen eindeutig und klar bekennen wollten,

damit an Stelle des bisher in der Landwirtschaft durch das Verhalten des Herrn Reichswirtschaftsministers ausgeübten Mißtrauens das Vertrauen, das im Interesse der Belebung unserer Wirtschaft dringend vorhanden ist, Platz greifen kann.'

Eine Rede Silberbergs

Am 21. Okt. Die Industrie- und Handelskammer zu Köln wählte am Freitag als Nachfolger für den verstorbenen Geheimen Kommerzienrat Louis Dagen mit überwiegender Mehrheit den bekannten Industriellen Dr. Paul Silberberg.

Dr. Silberberg erklärte in seiner Ansprache, seiner Bedeutung mehr als das deutsche Unternehmertum, daß die individuellen Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft durch überhöhte kollektive Verträge stark im Abwärtigen gezogen worden seien. Es müßte daher wieder auf die

Individualisierung in der Wirtschaft

hingewirkt werden. Voraussetzung für einen Wiederaufbau sei, daß das Privateigentum in keiner Weise angefaßt werde. Ein solches Anfaßen erblide er aber auch in der neuerlichen Ueberlastung, die nur unter Eingriff in die Substanz getragen werden könne. 'Wir alle haben', betonte Dr. Silberberg, 'das Bekenntnis der Reichsregierung freudig begrüßt, der Privatwirtschaft zum Wiederaufbau zu helfen. Was wir aber außerordentlich bedauert haben, sind die Erleichterungen, die durch Maßnahmen der Reichsregierung ihren eigenen Grundrissen entgegengestellt worden sind.' Der Redner wies auf die Kontingentierungsmaßnahmen hin und sprach den Wunsch aus, daß die Reichsregierung mehr als bisher erkennen möge, welche nachhaltigen Erfahrungen die vorbereitenden Verhandlungen über diese Maßnahmen schon jetzt in Wirtschaft und Produktion hineingetragen haben.

Der Binnenmarkt müsse geklärt werden; der Beschäftigungswirtschaft könne jedoch nicht besser geholfen werden als durch Hebung der Kaufkraft.

Zur Hebung des Vertrauens und des Kredites forderte Silberberg mit Nachdruck die Vereinfachung der öffentlichen Finanzen, denn der Kredit als wichtigste und weitreichendste Funktion ließe sich nicht ohne die Ordnung der Finanzen der öffentlichen Hand. Der Redner forderte zum Schluß die Reichsregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die öffentlichen Finanzen sobald als möglich wieder in geordnete Bahnen geleitet werden.

Die Ueberwindung der Bürgersteuer

Während die Reichsfinanzen im allgemeinen sich in gut befriedigendem Zustande befinden, bleiben die Gemeindefinanzen nach wie vor das Sorgenkind innerhalb unserer gesamten öffentlichen Haushalte. Unter den Ursachen hierfür steht die Tatsache im Vordergrund, daß mit der längeren Dauer der Erwerbslosigkeit immer mehr Arbeitslose in die kommunale Wohlfahrtsfürsorge abwandern. Gerade bei sich bessernder Wirtschaftslage muß dies eines Tages zwangsläufig dahin führen, daß es schließlich nur noch Wohlfahrtsarbeitslose geben wird. Erfahrungsgemäß finden nämlich die seit langem Erwerbslos bei einer Wiederbelebung der Wirtschaft viel schwerer wieder ein Unterkommen, als die erst seit kurzem aus dem Produktionsprozess ausgeschalteten Arbeitskräfte. Dies hat zur Folge, daß die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie die Arbeitslosenversicherung und die zu vier Fünfteln vom Reich finanzierte Arbeitsfürsorge stark entlastet, während in der von den Gemeinden getragenen Wohlfahrtsfürsorge trotz sich bessernder Konjunktur sogar noch eine Zunahme zu verzeichnen ist. Zahlenmäßig ergibt sich, daß die Arbeitslosenversicherung, die mit 1250 000 Unterfüßigen für den Jahresdurchschnitt gerechnet hat, gegenwärtig nur rund 750 000 Personen zu unterhalten hat. In der Arbeitsfürsorge ist die Zahl der Unterfüßigen von 1800 000 Personen auf rund 1900 000 gesunken. Dagegen liegen die Zahlen der Unterfüßigenempfänger in der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden von 2100 000 auf 2420 000 Personen. Das Reich hat durch den Rückgang der von ihm unterhaltenen Erwerbslosen eine finanzielle Erleichterung von rund 150 Millionen Mark erfahren. Es will diese Beträge zu einem großen Teil — man spricht von 70 Millionen — dazu verwenden, um den innerreichlichen Arbeitslosen und bedürftigen Klein- und Sozialrentnern einen Winterrückschlag zu gewähren. Die Gemeinden werden diese Möglichkeit nicht haben. Denn es ist nicht nur die Zahl der von ihnen zu betreuenden Erwerbslosen gewachsen, es sind überdies gleichzeitig die Einnahmen der Gemeinden nicht unerheblich zurückgegangen. Die Steuererlässe der Städte haben sich weiterhin von Monat zu Monat verringert. Von den Ueberweilungssteuern hat besonders die Einkommensteuer eine neue Schrumpfung erlitten. Aber auch die Gemeindesteuern, Luftverkehrsabgaben und Konsumsteuern sind immer noch stark rückläufig.

Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Reichsregierung dieser Entwicklung keineswegs tatenlos zusehen hat. Durch die Notverordnung vom 14. Juni wurde den Gemeinden eine Reichswohlfahrtskasse in Höhe von 675 Millionen Mark zugewiesen und der Anteil der Gemeinden zur Finanzierung ihrer Arbeitslosen auf einen festen Betrag von 680 Millionen Mark begrenzt. Dieser Anteil könnte aber infolge der Zunahme der Wohlfahrtsarbeitslosen nur eingehalten werden, wenn das Reich sich zu einer weiteren Beihilfe entschließen würde, zumal die Gemeinden infolge des Rückganges ihrer eigenen Steuererlässe bereits kaum in der Lage sein werden, den Betrag von 680 Millionen Mark für Wohlfahrtszwecke aufzubringen. Hinzu kommt, daß der Winter ja nicht nur für die Erwerbslosen des Reiches einen Winterrückschlag mit sich bringt, sondern auch an die Betreuung der von den Gemeinden Unterhaltenen erhöhte Anforderungen stellt. Es müssen Kleider, Schuh- und Heizungsabstellungen gewahrt werden. Wärmehäusen und Volksspielstätten sind notwendig. Dazu treten Hilfsbedürftige, die sich im Sommer allein durchgeschlagen haben, die aber jetzt wieder öffentliche Unterstützung benötigen. Auch die Unkosten für Erkrankungen von Wohlfahrtsempfängern, die sich durch eine erhöhte Belastung der Krankenhäuser zeigen, erfordern neue Mittel, während nicht einmal mehr genügend Gelder für die alten Aufgaben zur Verfügung stehen.

Nun hat sich zwar das Reich nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber dem Anspruch der Gemeinden verhalten, aber es hat dazu einen Weg beschritten, der seine eigenen Maßnahmen zur Entlastung der Steuerzahler von der besonders drückend empfundenen Bürgersteuer wieder rückgängig macht. Der Reichsfinanzminister hat nämlich in einem Schreiben an die Gemeinden die Gewährung der Reichswohlfahrtskasse von der völligen Abschaffung der den Gemeinden überlassenen Steuerquellen abhängig gemacht. Im Falle der Bürgersteuer hat der Finanzminister einen 500prozentigen Zuschlag zum Landeslohn als Mindestmaß bezeichnet. Das bedeutet, daß die Erhebungen der letzten Notverordnung, die bekanntlich den 500prozentigen Zuschlag für die Ehefrau gestrichen hat, nicht nur aufgehoben werden, sondern in den meisten Fällen der einzelne jetzt mehr zu zahlen hat wie früher. Das gilt besonders für die Ehe Steuerzahler. Zu einer direkten Landplage wird die Bürgersteuer aber vor allem überall dort, wo die Gemeinden sogar über den Satz von 500 Prozent hinausgehen. Dresden hat sich nunmehr entschlossen, 700 Prozent des Landeslohnes zu erheben. In anderen Städten ist es nicht besser. So veröffentlicht z. B. das Preßamt der Stadt

Sturmsszenen im Wiener Nationalrat

Dollfuß mit fünf Stimmen gerettet

Wien, 21. Okt. Im österreichischen Nationalrat kam es erneut zu schweren Zwischenfällen. Dr. Bauer (Soz.) äußerte sich über den Bundeskanzler Dr. Dollfuß, er habe auch vor einem Volksmediziner Achtung, aber für einen, der jede Woche eine andere Meinung habe, habe er nur Verachtung. Nach anderen Angaben soll Dr. Bauer

den Bundeskanzler als Besinnungslampen bezeichnet

haben. Nach diesem Wortwechsel ergriff der Heimatblockabgeordnete Vitzthum zwei Tintenflässer und schleuderte sie gegen die Bänke der Sozialdemokraten. Der Präsident unterbrach darauf die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Präsident Dr. Renner, daß die Parteien im Kollektivrat sich verpflichtet hätten, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Zwischenfälle nicht mehr vorkommen sollten. Den an den Zwischenfällen beteiligten Abgeordneten wurden Ordnungsstrafe erteilt.

Von großdeutscher Seite wurde ein Mißbilligungsantrag gegen die Regierung eingebracht. Er wurde aber in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 76 Stimmen abgelehnt.

Keine Auflösung österreichischer Universitätsfakultäten

Wien, 21. Oktober. Der Präsident des Verbandes der österreichischen Hochschulen, Professor Dr. Gleispach, ist heute vormittag beim Unterrichtsminister Hintelen wegen der Sparmaßnahmen im Hochschulwesen vorstellig geworden. Der Unterrichtsminister wies darauf hin, daß er sich sofort nach seiner Rückkehr aus London mit dem Bundeskanzler und den beteiligten Ressortstellen ins Ein-

vernehmen gesetzt habe, und erklärte, daß die Gefahr der Auflösung einzelner Fakultäten als abgewendet bezeichnet werden könne.

Gesamtdemission des tschechischen Kabinetts

Prag, 21. Okt. Ministerpräsident Udrjhal hat heute dem Ministerrat über die Gründe, die ihn zum Rücktritt zwingen, Bericht erstattet. Der Ministerrat beschloß daraufhin, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu unterbreiten. Die Ernennung der neuen Regierung, mit deren Bildung der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, Mr. Lyppeit, beauftragt ist, ist am Sonnabend zu erwarten.

Neuer Winderkulturstudium in Rumänien?

Das Winderkulturstudium wird abgeschafft

Bukarest, 21. Okt. Manu gab am Freitagabend der Presse eine Art programmatische Regierungserklärung ab. Innenpolitisch kündigte er weitgehende Dezentralisation der Verwaltung und eine Reform des Wahlsystems an.

Das Winderkulturstudium werde nicht beibehalten. Die Gründe dafür gab Manu nicht bekannt. Er bezog sich lediglich auf Sparmaßnahmen.

Weiter sprach er sich für eine enge Zusammenarbeit mit Westeuropa aus, um, geführt auf dem, mit den ausländischen Wäutigern über einen Schuldennachlaß zu verhandeln.

Die Befestigung des Unterstaatssekretariats wird mit schmerzlichen Entschüssen zur Kenntnis genommen; gerade von Manu hatte man eine solche Maßnahme am wenigsten erwartet, zumal er selbst ein alter Vorkämpfer der Rechte der Winderkulturstudien ist und von ihm eher ein Ausbau als ein Abbau erwartet wurde.